

Verantwortung für Menschen und Umwelt im Ausland ?

Laut den **UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte** liegt es in der Verantwortung von Siemens, seiner Sorgfaltspflicht entlang der gesamten Lieferkette nachzukommen – auch bei Geschäftstätigkeiten im Ausland. Stattdessen macht sich Siemens als Verkäufer z. B. von Bergbautechnologie mitschuldig an Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörungen.

Siemens brüstet sich beispielshalber, dass ein „zuverlässiges Stromnetz Berge versetzen kann“ und bezieht sich damit auf die Lieferung eines Steuerungssystems für die **Kupfermine Buenavista del Cobre** des Bergbaukonzerns **Grupo México**. Genau diese Mine verursachte 2014 das schlimmste ökologische Desaster des Landes. Drei Jahre später hat **Grupo México** weder Schäden behoben, noch eine zugesagte Kläranlage gebaut. Auch finanzielle Unterstützung zur medizinischen Versorgung der Opfer bleibt bis heute aus.

All dies hindert Siemens nicht, Geschäfte mit **Grupo México** abzuwickeln. Man hebt sogar noch die angebliche „Zero Harm-Kultur des höchst sicherheitsorientierten Minenkomplexes Buenavista del Cobre“ hervor. Durch die Lieferung des Steuerungssystems sei die Mine auf einem guten Wege hin zu einem „intelligenten Bergbau“.

Zulieferungen für ökologisch und sozial katastrophale Großprojekte:

- * das 4,8 GW-Kohlekraftwerk Kusile in Südafrika
- * Gaskraftwerke in Argentinien, die mit per Fracking gewonnenen Shale-Gas des Großvorkommens Vaca Muerta betrieben werden sollen.
- * den Bahn- und Hafenkomples Nacala in Mosambik, über den Kohle aus Vales Mine Moatize abtransportiert werden soll, derentwegen tausende Kleinbauern vertrieben werden
- * E-House-Transformatorstationen an Uranminen in Namibia
- * Förderbänder an PT Kaltim Prima Coal in East Kalimantan, Indonesien, wo durch Kohleabraum aus offenen Tagebauen Flüsse verschmutzt werden und die lokalen Gemeinschaften Umweltschäden und Landraub ausgesetzt sind.
- * an die umstrittene Titancaya-Mine und an die Southern Copper Corporation SCC in Peru.

Unser Bündnis fordert Siemens auf, nicht länger nur zu sagen, dass es Menschenrechte und Umwelt achtet.

Es muss das in der Praxis endlich zeigen!



SAUBERMANN SIEMENS?

Wie steht es um die Verantwortung des Weltkonzerns für Menschenrechte und Umweltschutz bei Auslandsprojekten?



BERTA CÁCERES
Menschenrechtsaktivistin,
ermordet wegen ihrer
Verteidigung des Flusses
Gualcarque in Honduras



Siemens Joint-Venture VoithHydro agierte im Fall des Wasserkraftwerkes Agua Zarca bewußt sorgfaltswidrig

Am 2. März 2016 wurde die Menschenrechtsverteidigerin Berta Cáceres in Honduras ermordet. Sie wurde Opfer eines Komplotts zur Beseitigung des friedlichen Widerstandes gegen das Kraftwerk Agua Zarca. In dem Komplott agierten führende Mitarbeiter von VoithHydros honduranischem Vertragspartner Desarrollos Energéticos S.A. (DESA) als Hauptbeteiligte. Hauptbeteiligte, so der Bericht der internationalen Expertenkommission GAIPE <https://www.gaipe.net/wp-content/uploads/2017/10/Exec-Summ-Dam-Violencia-EN-FINAL.pdf>

Siemens war seit Anfang 2014 gewarnt und wusste spätestens im Frühjahr 2015, dass Agua Zarca weder internationalen Standards, noch eigenen internen Maßstäben genügte. Siemens wusste auch, dass VoithHydro eben nicht nach diesen Standards handelte, sondern sich ganz offensichtlich auf Aussagen eines honduranischen Geschäftspartners verließ, der im Verdacht krimineller Praktiken stand.

Nach dem Mord begrüßte Siemens zwar die Suspendierung der Turbinenlieferung, war aber offenbar weiterhin nicht in der Lage, wirkungsvolle Schritte zu unternehmen, was die weiterbestehende skandalöse Geschäftsbeziehung VoithHydro – DESA anging. Erst nach dem endgültigen Ausstieg der europäischen Entwicklungsbanken im Sommer 2017 wurde diese bis dahin sakrosankte Vertragsbeziehung beendet.

Es bleibt unklar, wie Siemens zu verhindern gedenkt, dass sich derlei Tragödien in Zukunft wiederholen.

Mit dem **Wasserkraftwerk Alto Maipo in Chile** ist beispielshalber Voith-Hydro weiterhin in ein – in diesem Fall ökologisch – höchst umstrittenes Projekt verstrickt.

Generell rangieren Projekte, die indigene Gemeinschaften betreffen, zwar inzwischen ganz oben in der menschenrechtlichen Risikoabschätzung, aber es ist nicht ersichtlich, was daraus praktisch folgt. Weder hat Siemens die ILO-Konvention 169 explizit in seine Business Conduct Guidelines aufgenommen, noch öffentlich transparent gemacht, welche Vorsorgemaßnahmen man im Rahmen des Compliance Risk Assessment im Detail treffen will.



Siemens' völkerrechtswidrige Verträge mit Marokko über den Bau von Windkraftträgern in Westsahara

Seit vier Jahrzehnten hält Marokko das Gebiet der Westsahara besetzt. Kein Staat der Welt erkennt Marokkos Anspruch auf Westsahara an. Der Internationale Gerichtshof hat erklärt, dass Marokko kein Recht auf dieses Land hat. Mehr als 100 UN-Resolutionen fordern das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung Westsaharas ein.

Siemens aber scheint sich nicht um die Rechte der Bevölkerung Westsaharas zu scheren. Siemens unterschreibt Verträge für die Erbauung von Windkraftträgern in Westsahara mit der falschen Regierung – mit der von Marokko. Siemens-Windräder liefern heute fast den gesamten Strom für Marokkos Phosphatexport aus dem besetzten Gebiet. Das Phosphat wird von der im marokkanischen Staatsbesitz stehenden Firma OCP verkauft. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Gewinne aus diesen Unternehmungen hauptsächlich an den marokkanischen Staat fließen.

Der Europäische Gerichtshof hat im Dezember 2016 ein eindeutiges Urteil gefällt: Marokko hat kein Recht, Verträge in Westsahara einzugehen: <https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2016-12/cp-160146de.pdf>

Daher sind auch die Verträge von Siemens mit der marokkanischen Regierung in Westsahara als illegal anzusehen.

Windkraftanlagen produzieren zwar "sauberen" Strom, ihr Bau ist aber keineswegs immer "sauber": **Auf dem Isthmus von Tehuantepec in Mexiko** verletzen zwei Dutzend Windkraftanlagen, an denen **Siemens Gamesa** beteiligt ist, kollektive Landrechte, Landnutzungsansprüche und indigene Mitbestimmungsrechte. Dadurch entstehen Konflikte, in die staatliche Akteure und organisiertes Verbrechen mit Morddrohungen und Menschenrechtsverletzungen gegen Kraftwerksgegner*innen eingreifen.